

Protokollauszug

aus der

21. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.09.2016

öffentlich

Top 5 Konzept "Flüchtlinge in Kitas" und Finanzierung

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) macht deutlich, dass das Konzept dazu beitragen soll, den Rahmen für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages in der Kindertagesbetreuung zu setzen und die Haltung der Landeshauptstadt Potsdam deutlich zu machen. Sie weist darauf hin, dass in der Klausur des Jugendhilfeausschusses im Juli 2015 der Auftrag zur Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes erteilt wurde.

Grundsätzlich besteht für Kinder aus Flüchtlingsfamilien ein Rechtsanspruch auf Kita-betreuung nach § 24 SGB VIII und § 1 Kita-Gesetz. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist ein Nachweis, der u.a. die „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende/r“ oder auch ein möglicher Aufenthaltstitel sein kann.

Frau Elsaßer macht deutlich, dass bei der Ermittlung der Bedarfe der Zuwachs durch Kinder aus Flüchtlingsfamilien gesondert ausgewiesen wird.

Frau Figiel (FB Kinder, Jugend und Familie) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation Erläuterungen zum Inhalt des Konzeptes. Sie weist darauf hin, dass Hauptziel ist, den Integrationsgedanken zu befördern. Dabei sind die Angebotsformen kontinuierlich auf Bedarfsgerechtigkeit, Angemessenheit und Praktikabilität zu prüfen.

Sie verweist auf die Bedeutsamkeit von Sprachstandserhebung und Sprachförderung. Wichtig ist auch eine Willkommenskultur, die von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen werden muss. Aber auch die Vermittlung der eigenen Kultur ist wichtig. Das Wissen über die Herkunft der Kinder und über Fluchtwege ist ebenfalls sehr wichtig. Es sollten Netzwerke installiert und multi-professionelle Ressourcen genutzt werden.

Zukünftig sollen nicht mehr als 25 Prozent der Kinder einer Einrichtung aus einer Flüchtlingsfamilie kommen.

Frau Elsaßer ergänzt, dass auch eine intensive Zusammenarbeit mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern erforderlich ist, um z.B. die Eltern dazu zu bewegen, auch weitere Wege in andere Einrichtungen in Kauf zu nehmen.

Frau Figiel geht auf die Methoden der Vernetzung ein. Wichtig ist auch das Erstgespräch mit den Eltern, um Vertrauen aufzubauen. Die Eingewöhnung kann bei Bedarf auch länger als 10 Tage sein.

Frau Elsaßer weist darauf hin, dass für 2016 zusätzlich pro Flüchtlingskind und Monat pauschal 240,00 Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Abrechnung erfolgt nach vollen Monaten unabhängig von der Betreuungszeit. Die Pauschale wird für das jeweilige Kind 12 Monate, beginnend mit der erstmaligen Aufnahme in die Kindertagesbetreuung gezahlt.

Im Einzelfall kann bei Bedarf die Zahlung auf Antrag mit entsprechender Begründung länger als ein Jahr gezahlt werden.

Herr Liebe fragt nach dem Vorgehen der Verwaltung, wenn an einem Standort der Anteil an Kindern mit Flüchtlingshintergrund höher als 25 Prozent ist.

Herr Tölke erklärt, dass es einige wenige Einrichtungen gibt, bei denen der Anteil an Kindern mit Migrations- bzw. Flüchtlingshintergrund höher als 55 Prozent ist. Ziel ist es, dass alle Einrichtungen Flüchtlingskinder aufnehmen und dann der Anteil möglichst nicht höher als 25 Prozent in jeder Einrichtung ist.

Herr Liebe wirbt dafür, die Träger besonders zu unterstützen, die einen größeren Anteil an Flüchtlingskindern betreuen.

Herr Otto hat in den Ausführungen Aussagen zu Sprachmittlern vermisst.

Frau Elsaßer erklärt, dass die Träger signalisiert haben, dass dies nicht zentral gesteuert werden muss. Sie weist darauf hin, dass im Konzept aber auch entsprechende Ansprechpartner benannt sind.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass gesteuert werden muss, damit auch andere Einrichtungen Kinder aus Flüchtlingsfamilien aufnehmen. Die Kita-Bedarfsplanung sollte hier als Steuerungsinstrument genutzt werden.

Herr Schubert fragt, wie der Steuerungsprozess konkret aussehen soll.

Frau Dr. Müller erklärt, dass hier rechtzeitig Gespräche geführt werden müssen. Es muss dabei auch signalisiert werden, dass ggf. auch Plätze für Flüchtlingskinder reserviert werden sollen.

Herr Kulke weist darauf hin, dass es bezüglich der Sprachmittler in Potsdam gute Möglichkeiten gibt.